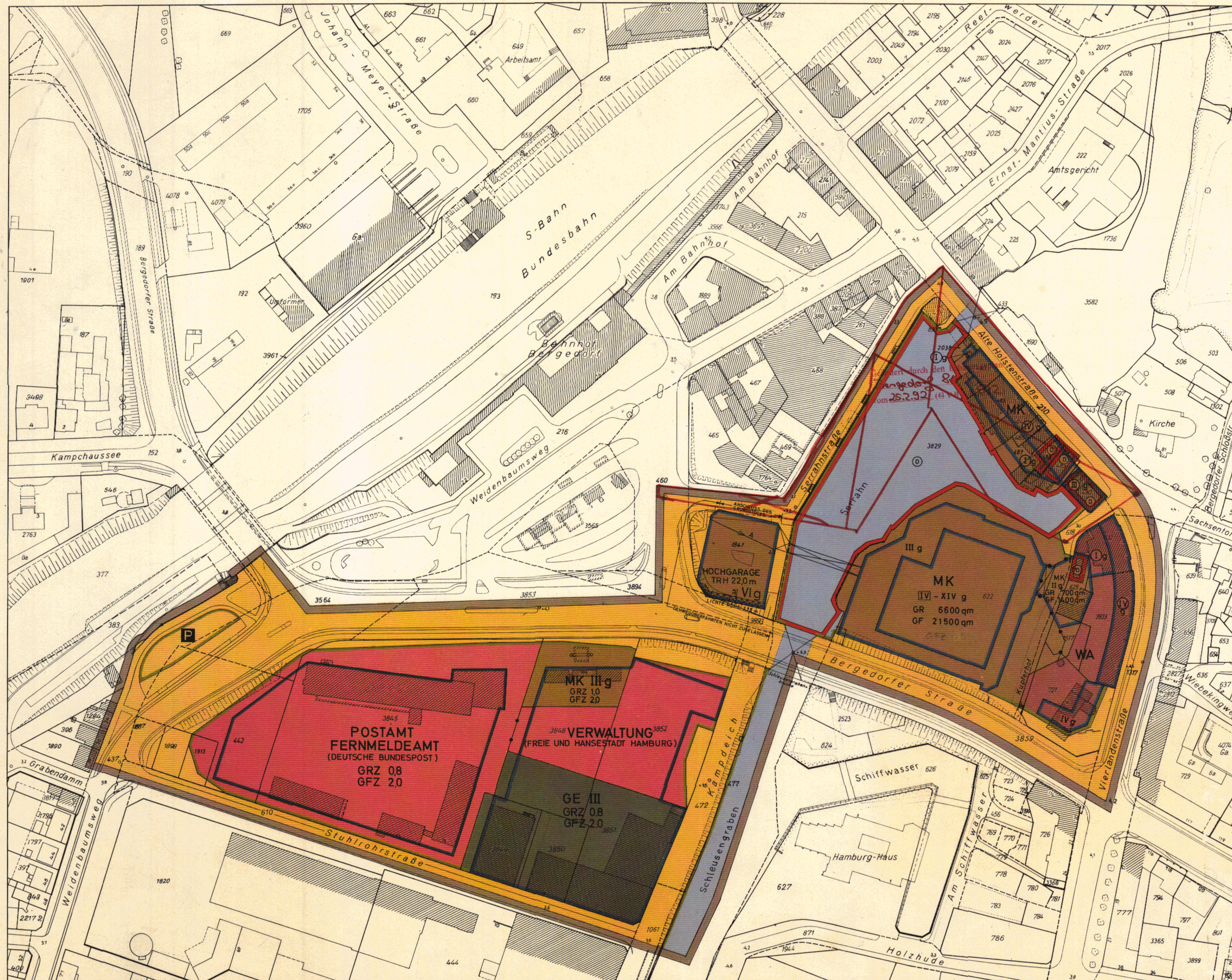




GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES  
DES BEBAUUNGSPLANS

BAUGRENZE

STRASSENBEGRENZUNGSLINIE -  
BEGRENZUNG SONSTIGER VERKEHRSFLÄCHEN

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

BRÜCKEN UND DURCHFARTEN

ARKADEN

ALLGEMEINE WOHNGEBIETE

KERNGEBIETE

GEWERBEGEBIETE

BAUGRUNDSTÜCKE FÜR BESONDERE BAULICHE ANLAGEN,  
DIE PRIVATWIRTSCHAFTLICHEN ZWECKEN DIENEN

ZAHL DER VOLLGESCHOSSE

ALS HÖCHSTGRENZE

ALS MINDESTGRENZE

ZWINGEND

GRUNDFLÄCHENZAHL

GESCHOSSFLÄCHENZAHL

GRUNDFLÄCHE DER BAULICHEN ANLAGEN

GESCHOSSFLÄCHE

GESCHLOSSENE BAUWEISE

BAUGRUNDSTÜCKE FÜR DEN GEMEINBEDARF

STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN

ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHEN

STRASSENHÖHEN IN METERN BEZOGEN AUF NN

TRAUFHÖHE IN METERN BEZOGEN AUF NN

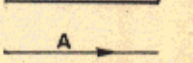
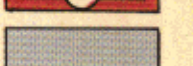
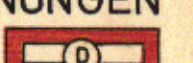
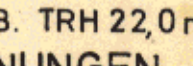
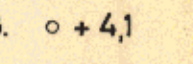
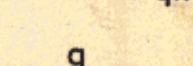
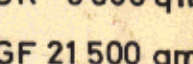
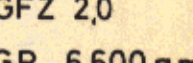
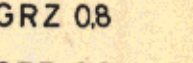
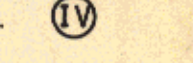
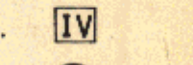
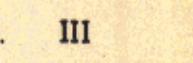
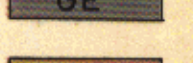
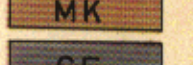
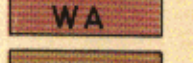
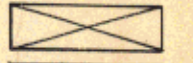
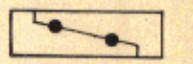
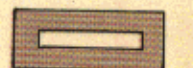
NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN UND KENNZEICHNUNGEN

DEM DENKMALSCHUTZ UNTERLIEGENDE ANLAGEN

VORHANDENE WASSERFLÄCHEN

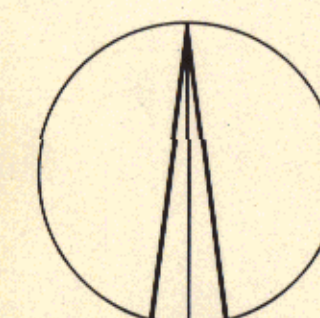
VORHANDENE ABWASSERLEITUNG

VORHANDENE BAUTEN



HINWEIS

MASSGEBEND IST DIE BAUNUTZUNGSVERORDNUNG  
IN DER FASSUNG VOM 26. NOVEMBER 1968  
(BUNDESGESETZBLATT I SEITE 1238)



1:1000

Festgestellt durch Gesetz vom 26. Juni 1972

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

BEBAUUNGSPLAN

BERGEDORF 27

BEZIRK BERGEDORF

ORTSTEIL 602

Feldvergleich vom 8. 71  
Kataster- und Vermessungsamt  
Freie und Hansestadt Hamburg  
Baubehörde  
Landesplanungsamt  
2 Hamburg 36, Schulhausstraße 8  
Ruf 35 10 71

Archiv Nr. 23681 A

(KBL 7828, 8028; BL 16, 30, 32, 33, 68, 71, 72)

Offtredruck: Vermessungsamt Hamburg 1972

## § 27

## Übergangsregelung

(1) Auf Referendare, die dem Präsidenten des Gemeinsamen Prüfungsamtes vor Inkrafttreten dieser Übereinkunft zur Prüfung vorgestellt worden sind, finden vorbehaltlich der besonderen Regelungen in den nachfolgenden Absätzen 2 bis 4 die bisher geltenden Vorschriften Anwendung.

(2) Zur Festsetzung der Ausbildungsnote wird den Notenbezeichnungen der Zeugnisse jeweils der mittlere Punktwert der entsprechenden Bezeichnung nach § 12 zugeordnet. Punktzahl und Notenbezeichnung der Ausbildungsnote werden alsdann unter Anwendung des § 12 festgesetzt.

(3) Die Prüfungsleistungen werden nach § 12 bewertet.

(4) Im Rahmen des bisherigen § 16 Satz 2 gilt § 17 Absatz 3 dieser Übereinkunft.

(5) Wird der Referendar erst nach Inkrafttreten dieser Übereinkunft zur Prüfung vorgestellt, so findet bei der Fest-

setzung der Ausbildungsnote Absatz 2 Satz 1 auf solche Zeugnisse Anwendung, die vor Inkrafttreten dieser Übereinkunft erteilt wurden.

## § 28

## Ratifikation, Inkrafttreten der Übereinkunft

(1) Die Übereinkunft bedarf der Ratifikation.

(2) Die Ratifikationsurkunden sollen tunlichst bis zum 16. Juni 1972 bei der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg hinterlegt werden.

(3) Die Übereinkunft tritt am 16. Juni 1972 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt wird die Übereinkunft der Länder Freie Hansestadt Bremen, Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein über ein gemeinsames Prüfungsamt und die Prüfungsordnung für die Große Juristische Staatsprüfung vom 20./24./27. Februar 1950, zuletzt geändert durch Zusatzvereinbarung vom 18. Februar 1971, aufgehoben.

Hamburg, den 4. Mai 1972

Für die Freie und Hansestadt Hamburg

gez. Dr. Heinsen

Senator

Für die Freie Hansestadt Bremen

gez. Kahrs

Senator

Für das Land Schleswig-Holstein

gez. Dr. Schwarz

Justizminister

## Gesetz

## über den Bebauungsplan Bergedorf 27

Vom 26. Juni 1972

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

## Einziges Paragraph

(1) Der Bebauungsplan Bergedorf 27 für den Geltungsbereich Serrahnstraße — Alte Holstenstraße — Vierlandenstraße — Bergedorfer Straße — Schleusengraben — Stuhlrührstraße — Weidenbaumsweg — Bergedorfer Straße (Bezirk Bergedorf, Ortsteil 602) wird festgestellt.

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans wird beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt. Ein Abdruck des Plans kann beim örtlich zuständigen Bezirksamt kostenfrei eingesehen werden. Soweit zusätzliche Abdrucke beim Bezirksamt zur Verfügung stehen, können sie gegen Kostenerstattung erworben werden.

Ausgefertigt Hamburg, den 26. Juni 1972.

Der Senat